

# Korea-Konflikt als Resultat andauernder US-Einmischung

Interview mit Rainer Werning



*FJ: Wie wird die Rolle der USA in Südkorea von denjenigen Menschen gesehen, bei denen noch der Korea-Krieg im Bewusstsein präsent ist?*

Ältere Menschen haben sicher eine Wahrnehmung von den USA als Schutzmacht und werden darauf verweisen, dass nur durch deren Protektion sich das Land quasi in Zeitraffer manner von einem ärmlichen Agrarland in einen der weltweit höchstindustrialisierten Staaten entwickelte. Als Architekt dieses „Wirtschaftswunders am Han-Fluss“ wird noch immer zuerst der Name Park Chung-Hee angeführt, der Vater der erst vor wenigen Wochen mit Schimpf und Schande aus dem Amt gejagten Expräsidentin. Park Chung-Hee diente einst als Offizier unter den japanischen Kolonialherren, putschte sich Anfang der 1960er Jahre an die Macht und herrschte bis 1979, von Washington vorbehaltlos unterstützt, als Militärdiktator mit eisener Faust.

*FJ: Und wie sieht es mit der jüngeren Generation aus, die mit der von Ihnen genannten Entwicklung groß geworden sind?*

Diese sind kosmopolitischer eingestellt als die alte Kriegsgeneration, wesentlich offener und weniger konfrontativ, was das Verhältnis zum Norden, der Demokratischen Volksrepublik Korea, betrifft. Im Vergleich zu früheren Generationen haben sie größere existenzielle Ängste und Sorgen zu durchstehen. Eine automatische Karriere nach erfolgreichem Abschluss einer halbwegs re-

nommierten Universität ist nicht programmiert. Ungesicherte und in wachsendem Maße auch prekäre Jobs bzw. Arbeitsbedingungen nehmen zu. Sie verabscheuen es besonders, wenn sich unter solchen Bedingungen Repräsentanten der alten politischen Garde schamlos bereichern und Korruption – wenn überhaupt – als Petitesse ansehen. Das erklärt auch die Massendemonstrationen seit dem Oktober letzten Jahres, in deren Folge die Park-Tochter ihres Amtes enthoben wurde – ein rundum ebenso erfolgreiches wie friedlich inszeniertes Unterfangen!

Vergessen wir schließlich nicht, dass jenseits von Generationenproblemen die USA seit Ende des Zweiten Weltkrieges in Südkorea die bestimmende politische wie militärische Macht im Lande waren und es bis heute geblieben sind. Bis zur Staatsgründung im August 1948 hatte eine direkt vom US-Militär geführte Regierung das Sagen in Seoul und danach tanzten südkoreanische Politiker bei Strafe ihres Untergangs zur Pfeife Uncle Sams. Auch unter dem neuen Präsidenten Moon Jae-In ist noch nicht ausgemacht, ob es ihm gelingt, einen genuin selbstbestimmten Kurs zu steuern. Bis dato jedenfalls fällt es schwer zu unterscheiden, wo südkoreanische Innenpolitik aufhört und eine US-dominierte Außen- und „Sicherheitspolitik“ beginnt.

*FJ: Inwiefern sind Politik und Bevölkerung in Nordkorea durch die geschichtliche Entwicklung nach 1945 geprägt?*

Dort hatte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Rote Armee das Sagen, die letztlich ihr Gewicht für Kim Il-Sung in die Waagschale warf, wenn gleich Kim nur einer unter vielen Partisanen war, die zuvor gegen das japanische Kolonialjoch gekämpft hatten. Die Sowjetunion hielt sich weitgehend aus den innenpolitischen Entwicklungen im Norden heraus. Deren Legitimation und jene der Gruppe um Kim Il-Sung war nach der erfolgreich durchgeführten Land- und Agrarreform im Frühjahr 1946 ungleich größer als im Süden, wo die Regierung vom Kainsmal gezeich-

net war, Kollaborateuren und Reaktionen eine neue Heim- und Wirkstätte verschafft zu haben.

Der als Bürgerkrieg begonnene und schrittweise internationalisierte erste heiße Konflikt im Kalten Krieg, der Koreakrieg (1950-53), bildete eine Zäsur mit bitteren, bis heute andauernden Konsequenzen. Während dieses Krieges wurde der Norden von der US-Luftwaffe in einer Weise verwüstet, dass sich damals Offiziere „beklagten“, dass es dort partout keine Ziele mehr gäbe! In Nordkorea setzten US-Truppen auch flächendeckend Napalm und bakteriologische Waffen ein – als „Testfall“ für spätere Einsätze in Vietnam, Laos und Kambodscha. In Nordkorea ist bis heute eine „Bunkermentalität“ ausgeprägt, während Washington ebenfalls bis heute unter dem „Pueblo-Syndrom“ leidet.

Eine denkbar schlechte Ausgangsposition, um ein halbwegs gesittetes Miteinander zu praktizieren. Während Washington Nordkorea als „ideellen Gesamtschurken“ betrachtet, sieht sich Pjöngjang im Gegenzug von einer atomaren Supermacht bedroht, die nichts anderes als einen weiteren „regime change“ im Schilde führt.

Entsprechend setzt deshalb die nordkoreanische Nomenklatur seit langem knallhart und gemäß systemimmanenter Logik – und sehr rationalem Kalkül folgend! – auf eine Politik, die dem Leitgedanken folgt: Wenn wir schon international nicht als Freund geachtet, so wollen wir wenigstens als Feind auf Augenhöhe geachtet werden. Eingedenk des nunmehr bereits über eineinhalb Jahrzehnte währenden „Krieges gegen den Terror(ismus)“ mit solch’ verheerenden „kollateralen Landschäden“ wie Afghanistan, Irak, Syrien, Jemen und Libyen eine ebenso nachvollziehbar berechenbare Politik – mit der Option auf den Besitz eines „größtmöglichen Abschreckungspotenzials“ als deren Eckpfeiler.

Was dringend not tut, sind endlich Direktgespräche zwischen den Antagonisten, anstatt immer größere Drohkulissen aufzutürmen. Die Crux bei alledem hat Donald P. Gregg, ein alter CIA-Fuchs und US-Botschafter in Seoul von

1989 bis 1993 vor Jahren mit Blick auf die Nordkorea-Politik US-amerikanischer Präsidenten so zusammengefasst: „Nordkorea zeugt von der längsten ‚failure of US intelligence‘. Washington hat keine konsistente Nordkorea-Politik, sondern nur eine Haltung dem Land gegenüber – nämlich Hass“.

*FJ: Welche Einmischungen in die Innenpolitik Südkoreas und die Versuche zu konstruktiven Beziehungen mit Nordkorea gab bzw. gibt es in der jüngsten Geschichte?*

Die fortwährenden, von den jeweiligen südkoreanischen Regierungen tolerierten US-Großmanöver sowie die fortgesetzte Stationierung von GIs auf südkoreanischem Boden gelten aus nordkoreanischer Sicht als permanente Bedrohung. Pjöngjang zog daraus für sich die Konsequenz, alledem ein ambitioniertes Atom- und Raketenprogramm entgegenzusetzen.

Die bittere Ironie bestand darin, dass in Seoul ein Jahrzehnt lang (von 1998 bis 2008) eine „Sonnenscheinpolitik“ vis-à-vis Pjöngjang praktiziert wurde, die allerdings von der (w)irren unilateralen Machtpolitik eines George W. Bush konterkariert wurde. Danach waren in Südkorea ausgesprochene Hardliner in Amt und Würden, während sich die Obama-Administration in „strategischer Geduld“ übte.

Mit Blick auf das heutige Südkorea ist der neue Präsident Moon Jae-In das Beste, was dem Land in diesem Jahr passieren konnte. Moon schwebt nicht nur eine Neuauflage der früheren „Sonnenscheinpolitik“ vor, um so das Verhältnis zum Norden zu entkrampfen. Er hat auch kein Hehl aus seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem US-amerikanischen Raketenabwehrsystem THAAD gemacht. Momentan drängt aber Washington auf die komplette Installation des THAAD, wobei nicht ausgemacht ist, wer letztlich in dieser wichtigen Frage obsiegt. Bedeutsam ist der Ausgang schon deshalb, weil sich die VR China durch THAAD bedroht sieht – im Übrigen trifft das auch auf Russland zu – und bereits mit Sanktionsmaßnahmen gegen Seoul für wirtschaftliche Einbrüche und eine Drosselung von Touristenbesuchen in Südkorea beitrug.

Last but not least: Seit der Staatsgründung 1948 stützt sich Südkorea auf das anachronistische „Nationale Sicherheitsgesetz“ (NSG), das – zwar mehrfach modifiziert – noch immer als Keule gegen alle wirkt, die sich „unbefugt“ mit dem Norden befassen oder dorthin Reisen unternehmen. Der National Intelligence Service (NIS), der mit Argusaugen über eben dieses NSG wacht, ist quasi ein Staat im Staate oder „deep state“, dessen Auflösung bis dato nicht durchgesetzt werden konnte. Auch da bleibt abzuwarten, ob und inwieweit Moon und seiner Regierung ein Durchbruch gelingt.

*FJ: Wie stark ist der Widerstand in Südkorea gegen die Stationierung des US-amerikanischen Raketenabwehrsystems THAAD? Was ist von dem neuen Präsidenten zu erwarten?*

Dem ist nur noch hinzuzufügen, dass der lokale und regionale Widerstand ungebrochen bleibt. Sollten die USA erneut selbstherrlich ihre „Macht der Arroganz“ ausspielen, wie der frühere Senator James William Fulbright ein solches Gebaren seiner Regierung in den 1960er Jahren genannt hatte, könnte sich das zu einem brenzigen Innenpolitikum auswachsen.

*FJ: Wie stellt sich das historisch stark belastete Verhältnis von Südkorea zu Japan dar?*

Stark vereinfachend kann man dazu sagen: Nach zwei siegreichen Kriegen gegen China (1894/5) und das zaristische Russland (1904/05) war Japan zur neuen imperialen Macht in Ostasien avanciert. Die geografische Nähe, militärstrategische Kalküle sowie der Ressourcenreichtum der koreanischen Halbinsel führten dazu, dass Korea 1905 ein Protektorat und fünf Jahre später eine Kolonie Japans wurde. Die 36-jährige Herrschaft des militaristischen Japan über Korea wurde

mit brutaler Gewalt exekutiert. Systematische Verschleppung von Koreanern nach Japan und ihr dortiger Einsatz als Arbeitsklaven, die Zwangsrekrutierung von Koreanerinnen für japanische Militärbordelle in Ost-, Südostasien und im Pazifik sowie eine die feinsten kapillarischen Verästelungen von Gesellschaft und Kultur durchdringende Kolonialpolitik sollten aus Korea ein Klein-Japan machen. Die Kolonialpolitik ging so weit, dass Koreaner ihre Namen zu japanisieren hatten und Japanisch als Unterrichts- und Amtssprache durchgesetzt wurde.

Dieses koloniale Vermächtnis wirkt bis in die Gegenwart hinein, was vor allem die koreanischen Zwangsprostituierten – die euphemistisch sogenannten „comfort women“ – betrifft. Südkoreas neuer Präsident Moon Jae-In hat das selbst in einer Rede vor dem Parlament in Seoul Mitte Juni bekräftigt.



*Screenshot aus Video über Protest in Südkorea gegen die THAAD-Stationierung, Quelle: Reuters TV*

*FJ: Weltweit Beachtung gefunden hat der Widerstand der Bevölkerung auf Okinawa gegen die dortige US-Präsenz. Welches sind hierfür die wichtigsten Ursachen?*

Der Widerstand auf Okinawa hat sich bereits seit langem formiert und artikuliert, da sich beispielsweise die U.S. Marine Corps Futenma Air Station und die Kadena Air Base in dichtbesiedelten Gebieten befinden. Überdies hat die Präfektur Okinawa das „Pech“, als Heimstätte von über der Hälfte der in Japan stationierten GIs gemacht worden zu sein. Davon abgesehen, dass Okinawa etwa drei Viertel des

von US-Truppen in ganz Japan okkupierten Terrains ausmacht. Lärm, Umweltzerstörung, Übergriffe gegen die dortige Zivilbevölkerung sowie die vor Jahren erfolgte Entführung und Vergewaltigung eines 12-jährigen Schulmädchens durch drei US-Militärangehörige haben eine Stimmung erzeugt, die es dem im November 2014 gewählten Gouverneur der Inselgruppe, Takeshi Onaga, erleichtert, mit Vehemenz die Verlagerung von US-Stützpunkten außerhalb Okinawas zu fordern.

Die Bewohner Okinawas fühlen sich von Tokio als Bürger zweiter Klasse behandelt, deren Belange nicht ernstgenommen werden. Immerhin war Okinawa seit dem 15. Jahrhundert als Königreich Ryukyu unabhängig, bis es 1609 vom japanischen Satsuma-Clan gewaltsam erobert und 1879 offiziell als Präfektur Japans eingegliedert wurde. Aufgrund seiner geostrategischen Lage dient Okinawa, das die USA nach dem Zweiten Weltkrieg besetzt hielten und erst 1972 wieder an Japan zurückgaben, als vorgeschobener Brückenkopf, von dem aus die See- und Flugrouten nach Korea, Taiwan oder den Philippin-

nen signifikant kürzer und schneller sind.

*FJ: Zurück zu Südkorea. Ist der dargestellte Widerstand auf Okinawa mit dem gegen die U.S. Marine Corps Base Gangjeong in Südkorea vergleichbar?*

Was die südkoreanische Insel Jeju betrifft, so hat vor allem die Bevölkerung in und um die Ortschaft Gangjeong an der Südküste Front gegen die Errichtung einer Marinebasis Front gemacht. Seit dem Herbst 2010 ist diese Region zunehmend militarisiert worden. Hieß es vor Jahren seitens der südkoreanischen Behörden, die neue Marinebasis diene als Herzstück der eigenen Verteidigung, übt heute Washington Druck aus, den Stützpunkt für die US-Marine zu nutzen. Geplant ist, in Gangjeong auch die USS Zumwalt, den größten und teuersten für die US-Marine jemals gebauten Zerstörer, ankern zu lassen. Um so „eine nordkoreanische Aggression abzuwehren“, wie es Anfang dieses Jahres Admiral Harry B. Harris jr., Oberbefehlshaber des auf Hawaii beheimateten U.S. Pacific Com-

mand, formulierte. An dieser Stelle empfehle ich die Lektüre des vom langjährigen Journalisten Donald Kirk veröffentlichten Opus Okinawa and Jeju: Bases of Discontent (New York 2013: Palgrave Macmillan).

Alle hier skizzierten Entwicklungen und Trends verweisen auf regionale Konfliktlinien und innerimperialistische Rivalitäten rings um das Südchinesische Meer. Von Manila bereits vor Jahren in Westphilippinische See umbenannt, ist diese Region nicht nur ein Zankapfel zwischen der VR China, Japan und den USA, sondern auch unter den Ländern des Zehnstaatenbunds der ASEAN (Vereinigung südostasiatischer Nationen).

*Interviewfragen: Karl-Heinz Peil*

*Dr. Rainer Werning, Politikwissenschaftler und Publizist mit dem Schwerpunkt Ost- und Südostasien, befasst sich seit 1970 intensiv mit den Regionen. Er ist Autor zahlreicher Publikationen zum Thema – darunter das zusammen mit Song Du-Yul verfasste Buch Korea: Von der Kolonie zum geteilten Land (Wien 2012: Promedia Verlag) – und nach Lehraufträgen an Universitäten u.a. Landesanalyse-Dozent für (Nord-)Korea an der Akademie für Internationale Zusammenarbeit (AIZ – Bad Honnef).*

## Die Pueblo-Affäre 1968: Eine tiefe, nie verwundene Schmach

von Rainer Werning

Seit Ende des Koreakrieges ist Nordkorea für die Vereinigten Staaten von Amerika geblieben, was es für sie stets war - »das Böse« schlechthin. Die US-Regierung sieht in der Volksrepublik nicht nur einen »Schurkenstaat«. Anfang 2002 erklärte Präsident George W. Bush das Land sogar als Teil einer »Achse des Bösen« - neben Irak und Iran. Cineastisch sorgte der James-Bond-Film »Stirb an einem anderen Tag« dafür, dass dieses Feindbild intakt blieb. In diesem Streifen wird Nordkorea als Verbündeter eines Mächtigenweltherrschers dargestellt. Bond wird dort gefangen genommen und gefoltert. Die USA, konterte prompt die staatliche nordkoreanische Nachrichtenagentur KCNA, wollten das Land »absichtlich verspotten und beleidigen«. Tatsächlich seien die USA ein »Reich des Bösen«, das Hauptquartier für die - so wörtlich - »Verbreitung von Abnormität, Degeneration, Gewalt, korrupter Sexkultur« und von »moralischer Lepra« befallen.

Am 23. Januar 1968 hatten nordkoreanische Patrouillenboote das US-amerikanische Schiff »USS Pueblo« vor der Küste Nordkoreas aufgegriffen, die gesamte 83-köpfige Besatzung gefangen genommen und sie der Spionage bezichtigt. Die Pueblo, erklärte die Regierung in Pjöngjang, sei innerhalb der Zwölf-Seemeilen-Zone aufgegriffen worden und somit unrechtmäßig in nordkoreanisches Terrain eingedrungen.

Demgegenüber sprach die US-Regierung vom Kapern der Pueblo.

Zwölf Tage zuvor, am 11. Januar 1968, hatte die Pueblo, ein von der U.S. Navy für ihre Zwecke umgebautes Frachtschiff, den Hafen im japanischen Sasebo verlassen. Im Ostmeer, das die Japaner das Japanische Meer nennen, sollte es routinemäßige Erkundungstrips durchführen und für US-Marine und NSA ozeanographische Daten sammeln - so die offizielle Darstellung.

Für die US-Marine jedenfalls bedeutete die »Affäre« eine herbe Schlappe. Mit der Pueblo nämlich fielen den Nordkoreanern strategisch sensible Daten in die Hände, die es unter anderem der mit ihnen befreundeten Sowjetunion ermöglichte, nachrichtendienstlich relevante Codes zu knacken. Kapitän Bucher und seine Crew wurden von nordkoreanischer Seite gezwungen, ein Schuldeingeständnis zu unterschreiben, was Pjöngjang in den Medien weidlich ausschlachtete.

Während in den USA die Stimmen lauter wurden, die auf Rache sann und einen Militärschlag gegen Nordkorea befürworteten, setzte die damalige US-Administration unter Präsident Lyndon B. Johnson auf eine politisch-diplomatische Lösung des Konflikts. Gegenüber Pjöngjang räumte die US-Regierung ein, die Pueblo habe die Hoheitsrechte der Volksrepublik verletzt und entschuldigte sich dafür.

Nach fast einjähriger Gefangenschaft in Nordkorea kehrte die Besatzung der »USS Pueblo« an Heiligabend 1968 in ihre Heimat zurück.